

**NGOs kritisieren mangelnden Schutz vor Diskriminierung**

## NGOs kritisieren mangelnden Schutz vor Diskriminierung

■ Rücknahme der geplanten Ausweitung „schockierend“.

■ Einheitlicher Schutz für alle Bereiche gefordert.

**Wien.** (flor) Wenn ein nigerianischer Staatsbürger in Wien in einer Disko aufgrund seiner Hautfarbe nicht eingelassen wird, kann er wegen Diskriminierung aufgrund seiner ethnischen Herkunft klagen. Wäre der Mann aufgrund seiner sexuellen Orientierung, seiner Religion oder seines Alters diskriminiert worden, hätte er diese Möglichkeit nicht.

„Diese Ungleichbehandlung hätte die geplante Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes laut Regierungsvorlage beheben sollen“, erklärte Volker Frey vom Klagsverband am Montag in Wien. Gemeinsam mit Vertretern anderer NGOs, wie der Menschenrechtsorganisation Zara und der Homosexuellen Initiative Hosi, übte Frey scharfe Kritik an der nun offenbar doch nicht zustande kommenden Ausweitung des Diskriminierungsschutzes im Zuge der Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes. Laut der bereits im Oktober des vergangenen Jahres im Ministerrat beschlossenen Regierungsvorlage sollten auch Benachteiligungen aus Gründen der Religion, der Weltanschauung, der sexuellen Orientierung oder wegen des Alters – analog zu Diskriminierungen aufgrund ethnischer Herkunft, des Geschlechts oder aufgrund von Behinderungen – auch außerhalb der Arbeit künftig verboten werden.

„Warum man im Dezember zurückgerudert ist, ist nicht nachvollziehbar“, so Frey im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. Denn es gebe keinen vernünftigen Grund, sich gegen einen einheitlichen Diskriminierungsschutz zu stellen.

### Privatautonomie versus Gleichbehandlung

Als Argument gegen das Gleichbehandlungsgesetz und einen umfassenden Diskriminierungsschutz wird oft die Privatautonomie angeführt. „Wenn man das so sieht, könnte man aber auch gleich das gesamte Arbeitsrecht, das Mietrecht und das Konsumentenschutzrecht in Frage stellen“, betonte Frey.

Das Scheitern der Regierungsvorlage dürfte vor allem, auf das Betreiben der ÖVP zurückzuführen sein. „Lediglich ein Haufen Detailfragen und eine Regelung zur Einkommenstransparenz sind nun übrig geblieben“, sagte Frey. Wobei letztere wenig Hoffnung zulasse, ausgeglichene Gehälter zu erreichen. ■